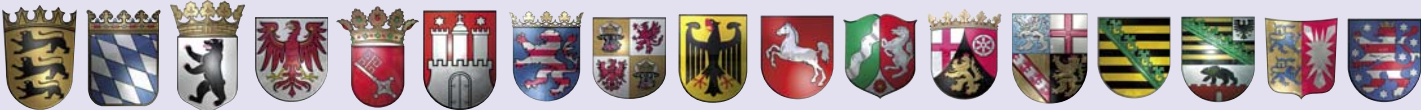


# DSTG magazin

Gewerkschaftsorgan der  
Deutschen Steuer-Gewerkschaft  
Juni 2008 · 57. Jahrgang

6



Die Teilnehmer an der DSTG-Fachtagung beleuchteten das Pro und Contra einer Bundessteuerverwaltung, oben v. l.: Klaus Schleicher (Direktor beim Bundesrechnungshof), Nicolette Kressl (Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen), Gerhard Stratthaus (Finanzminister von Baden-Württemberg); unten v. l.: Ralf Hoffmann (Ministerialrat im BMF), Prof. Ingolf Deubel (Finanzminister von Rheinland-Pfalz), DSTG-Chef Dieter Ondracek, Rainer Speer (Finanzminister von Brandenburg) und Volker Kröning (MdB, SPD-Fraktion)

## Die Kontroverse über eine Bundessteuerverwaltung hält an

### Gespräch mit dem bayerischen Finanzminister und CSU-Vorsitzenden Erwin Huber

### Landesgewerkschaftstage in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern



> Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Editorial des DSTG magazins Ausgabe 5/2008 hatte ich von der Politik die Nagelprobe eingefordert, die gleiche Erhöhung den Bundesbeamten zu gewähren, wie sie im Tarifbereich für den Bund und die Kommunen vereinbart worden ist. Die Bundesregierung hat ihr Wort gehalten und das Ergebnis des Tarifvertrags 1:1 für die Beamten übernommen. Das ist gut so! Der Dienstherr Bund hat damit seine Verantwortung für eine leistungsgerechte Besoldung auch für die Beamten unter Beweis gestellt.

Bei den Ländern hapert es in diesem Punkt allerdings. Seit der Föderalismusreform I sind ausschließlich die Länder für die Besoldung ihrer Beamten zuständig. In diesem Bereich hat sich in kurzer Zeit ein wahrer Flickenteppich ausgebreitet. Ob mehr oder weniger, früher oder später: kein Land hat mit der Besoldung seiner Beamtinnen und Beamten die Marke erreicht, die der Bund vorgelegt hat. Noch ist nicht in allen Ländern das Ergebnis des TV-L auf die Beamten übertragen worden. Unsere Landesgliederungen haben in eigener Zuständigkeit in den einzelnen Ländern Nachschlagsforderungen erhoben.

Ab 2009 ist auch der TV-L wieder verhandelbar. Eines lässt sich heute schon sagen: es wird eine schwierige Tarifrunde werden, die wir aber bestehen werden, wenn alle solidarisch mitkämpfen.

Wir werden auch für den Länderbereich die Gleichbehandlung der Statusgruppen einfordern.

Die Einkommensrunde 2009 für die Länder ist von heute aus betrachtet noch etwas entfernt. Dieser Aspekt soll an dieser Stelle nur deshalb erwähnt werden, weil die Kolleginnen und Kollegen in den Ländern nach der Besoldungserhöhung für die Bundesbeamten fragen: Was ist mit uns?

Die Politik in Berlin wird zunehmend schwieriger. Die Landtagswahlen in Bayern und die Bundestagswahlen im Jahr 2009 werfen ihre Schatten voraus. Die Koalitionspartner belauern sich gegenseitig. Die Steuervorschläge des bayerischen Finanzministers und CSU-Vorsitzenden Erwin Huber sind bei CDU und SPD auf Missfallen gestoßen – die Vorschläge seien nicht finanzierbar. Dabei denken alle in die gleiche Richtung. Das Ärgernis für die politischen Mitbewerber ist nur, dass Erwin Huber als Erster am Markt war.

Die Anhebung des Grundfreibetrags muss schon aus Verfassungsgründen vollzogen werden. Die Frage ist lediglich, wie hoch diese Anhebung ausfallen wird. Die Absenkung des Eingangssteuersatzes ist Ziel bei allen drei Koalitionsparteien. Ein einigermaßen in gerade Linie verlaufender linear progressiver Tarif ist bei allen im Programm. Offen scheint der Zeitpunkt, wann dies finanzierbar sein kann. Die SPD diskutiert als Gegenfinanzierungsmaßnahme eine Anhebung des Spitzensteuersatzes oder/und die Wiederbelebung der Vermögensteuer.

Die CSU insgesamt und Teile der CDU aber auch der SPD wollen die alte Pendlerpauschale von 0,30 Euro ab dem ersten Kilometer schon für das Jahr 2008 gewähren. Bundesfinanzminister Steinbrück leistet Widerstand. Beim Steuerberaterkongress in Berlin hat der Minister angekündigt, falls er durch das Verfassungsgericht gezwungen werden sollte, wieder eine Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer einzuführen, werde er diese so gestalten, dass die Maßnahme kostenneutral ausgeht. Das hieße, ab dem ersten Kilometer ein niedriger Satz, etwa in der Größenordnung von 0,10 Euro, was sicherlich erneut politischen Ärger verursachen würde.

Politisch umstritten ist auch die im Jahressteuergesetz 2009 vorgesehene Verlängerung der Strafverfolgungsmöglichkeiten bei Steuerhinterziehung von fünf auf zehn Jahre. Die Verlängerung hat die DSTG gefordert, weil dies nach der Liechtenstein-Affäre ein richtiges politisches Signal ist. Steuerhinterziehung ist eine vergleichsweise andere Straftat als Betrug oder Diebstahl. Dort erstatten die Geschädigten sofort Anzeige. Die Steuerhinterziehung hingegen wird oftmals sehr spät entdeckt. Die fünfjährige Verjährungsfrist ist dabei hinderlich und zudem auch falsch. Wenn die hinterzogene Steuer erst nach zehn Jahren verjährt, bedeutet dies, dass man zwar für die Jahre fünf bis zehn Steuern nacherheben kann, aber strafrechtliche Ermittlungsmöglichkeiten abgeschnitten werden, was die Beweis- und Feststellungsmöglichkeiten erschwert.

Die DSTG wird nicht müde werden, in all den angesprochenen Punkten Gerechtigkeit obsiegen zu lassen. Denn Gerechtigkeit ist das, was die Bürgerinnen und Bürger oftmals in der Politik vermissen.

Mit kollegialen Grüßen

*Dieter Ondracek*

> Impressum

**Herausgeber:** Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 00, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, Internet: www.dstg-verlag.de, E-Mail: dstg-bund@t-online.de. **Verantwortlich:** Dieter Ondracek, Rafael Zender. **Verlag:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. **Fotos:** Windmüller, DSTG-Archiv, Fiegel, MEV. **Anzeigenverwaltung DSTG magazin:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Elke Schmidt, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 20 62 56-6 50, Telefax (0 30) 20 62 56-6 01, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. **Anzeigenpreisliste** Nr. 24 gültig ab 1. Oktober 2005. Nachdruck honorarfrei gestattet. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Bezugsbedingungen:** Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr, „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, (0 30) 40 81-40, Telefax (0 30) 40 81-55 98. **Internet:** www.dbb.de. E-Mail: magazin@dbb.de. **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz; **Redaktion:** Christine Bonath, Jan Brenner; **Redaktionssekretärin:** Sabrina Bruns. **Redaktionsschluss** am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Fotos:** dpa, Fiegel, MEV. **Verlag:** dbb Verlag GmbH. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 7 26 19 17-0, Sparkasse Köln/Bonn, Konto 21 006 903. Commerzbank Berlin, Konto 0 733 998. **Versandort:** Düsseldorf. **Herstellung und Anzeigen:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de. **Anzeigenleitung:** Ulrike Niggemann. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrisovergis, Tel. (02 11) 73 57-8 41, **Anzeigenposition:** Britta Urbanski, Telefon (02 11) 73 57-5 63, Telefax (02 11) 73 57-5 07. **Anzeigentarif** Nr. 49 (dbb magazin), gültig ab 1. 10. 2007. **Druckauflage** dbb magazin: 770.050 Exemplare (IWW 2/2007). **Vertrieb:** Tel. (02 11) 73 57-155, Telefax (02 11) 73 57-8 91. **Inzangenschluss** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. **ISSN0178-207X**

> DSTG

- > DSTG veranstaltete Fachtagung mit hochkarätigem Meinungsaustausch: Die Kontroverse über eine Bundessteuerverwaltung hält an 4
- > Ondracek im Gespräch mit dem bayerischen Finanzminister und CSU-Vorsitzenden Erwin Huber 8
- > Landesgewerkschaftstag in Mecklenburg-Vorpommern 10
- > Wechsel an der Spitze der DSTG Sachsen 11
- > Landesgewerkschaftstag in Schleswig-Holstein 12
- > dbb tarifunion weist Berliner Senatsangebot zurück 14
- > DSTG behauptet Spitzenstellung in hessischen Stufenvertretungen 14
- > Tauschecke 15
- > Im Kampf gegen Umsatzsteuerbetrug alle Reserven ausschöpfen 16
- > Seminar über neues Tarifrecht 16

> dbb

- > Bundestagslauf 2008: Silber für den dbb 17
- > 600 000 Berechtigungsscheine: Bargeld bis 2. März 2009 17
- > Bundestag beschließt Besoldungsanpassung: Erfolgreiche Überzeugungsarbeit 18
- > Tarifverhandlungen in Hessen und Berlin 20
- > In eigener Sache 21
- > dbb akademie 22
- > Die andere Meinung: Waldzustandsbericht 207 24
- > Mitgliederservice 25
- > Vorgestellt: Julius Kühne-Institut 26
- > dbb jugend: Den Kopf in den Wipfeln und die Hände in der Erde 30
- > t@cker 31
- > dbb frauen: Steuerklassenkombination III/V 32
- > Steuerfragen im Fokus 33
- > Gleicher Lohn für Frauen und Männer 33
- > Gesundheitspolitik: Der „halbe“ Privatpatient 34
- > Glosse: Prima Klima 39
- > Klimakiller Internet 40
- > Blickpunkt: Japanisch-Deutsches Zentrum 42
- > Interview mit Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 46

DSTG veranstaltete Fachtagung mit hochkarätigem Meinungsaustausch

# Die Kontroverse über eine Bun

Die Forderung von Bundesfinanzminister Steinbrück zur Errichtung einer Bundessteuerverwaltung ist ein Eckpunkt der Beratungen zur Föderalismusreform II für mehr Effizienz in den Verwaltungen sämtlicher Gebietskörperschaften.

Nachdem zahlreiche Landesfinanzminister ihre Ablehnung zum Modell einer Bundessteuerverwaltung geäußert haben, wird über neue Modelle diskutiert. Erwogen wird ein „Optionsmodell“, wonach jedes Land wählen kann, ob es seine Finanzverwaltung behalten oder seine Kompetenzen an den Bund abtreten will.

Um sich ein Meinungsbild zur aktuellen politischen Debatte zur Neuausrichtung der Steuerverwaltung zu verschaffen, lud die DSTG für den 6./7. Mai 2008 die DSTG-Bezirks- und Landesvorsitzenden, hochrangige Vertreter aus der Steuerverwaltung sowie Vertreterinnen und Vertreter der Bezirks- und Hauptpersonalräte zum Meinungsaustausch für eine Optimierung des Steuervollzuges in die Bremer Landesvertretung nach Berlin ein. Auf dem Programm der zweitägigen Veranstaltung standen Fachvorträge und Diskussionsrunden mit Befürwortern und Gegnern einer Bundessteuerverwaltung.

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek betonte in seinem Eingangsstatement, die bestehenden Defizite im Steuergesetz und -vollzug könnten nicht den Kolleginnen und Kollegen in den Ämtern angelastet werden. Vielmehr stiegen die Fallzahlen und die Arbeit werde insgesamt schwieriger und komplexer.

Ondracek bemängelte, dass Finanzminister Steinbrück bis heute eine Antwort schuldig bleibe, wie eine Bundessteuerverwaltung konkret gestaltet sein solle.

Wie sich das BMF zukünftig eine effiziente Steuerverwaltung vorstellt, erläuterte die parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, Nicolette Kressl, MdB, dem Auditorium.

Kressl unterstrich, dass wegen der unterschiedlichen Vollzugs- und Prüfungssystematiken in der föderalistischen Struktur der Bundesrepublik Reibungsverluste im Hinblick auf einen gleichmäßigen Steuervollzug bestehen. Der Bund müsse jedoch für ein Gleichmaß der Besteuerung sorgen. Die Erfahrungen der Vergangenheit hätten gezeigt, dass die Aufsichts- und Weisungsrechte des Bundes dafür zu schwach seien. Daneben gestalte sich die Verhandlungsführung im Bereich des Steuerwesens auf EU-Ebene als zu schwerfällig. Die Staatssekretärin erklärte ausdrücklich, dass mit den Reformideen des Bundes nicht die Steuerver-

waltungen der Länder an den Pranger gestellt werden sollen. Bei der Verwaltungsmodernisierung in den Ländern seien sogar beachtliche Erfolge erzielt worden. Aus Sicht des Bundes blieben jedoch die Verhandlungsergebnisse zur Föderalismuskommission I unzureichend. Kressl räumte ein, wegen der derzeitigen Ländervoten werde es eine komplette Übernahme der Steuerverwaltung auf den Bund nicht geben, jedoch seien unterhalb einer kompletten Verwaltungsübernahme verschiedene Alternativen denkbar und diskussionswürdig.

Kressl zeigte die Hauptproblemfelder auf, die aus Sicht des Bundes einem effektiven und gleichmäßigen Steuervollzug entgegenstehen. Neben Problemen beim Datenaustausch, die u. a. dadurch bedingt seien, dass bundesweit vier verschiedene IT-Systeme eingesetzt würden, wiesen die Länder unterschiedliche Betriebsprüfungsquoten auf, die generell lediglich 3 % betragen. Neuerungen im Finanzverwaltungsgesetz nach den Ergebnissen der Föderalismusreform erwiesen sich als unzu-

länglich. Zwar habe der Bund jetzt mehr Kompetenzen im IT-Bereich, könne sie jedoch nur wahrnehmen, wenn die Länder zustimmten. Neben dem unterschiedlichen Verwaltungscontrolling in den Ländern kritisierte Kressl den schleppenden Aufbau der Bundesbetriebsprüfung, der auch daraus resultiere, dass von Seiten der Länder kein Personal in ausreichendem Maß abgegeben werde.

Die Staatssekretärin zeichnete die aus Sicht des Bundes notwendigen Ansätze für mehr Effizienz in der steuerlichen Verwaltung auf, die im Rahmen der Föderalismuskommission II verwirklicht werden müssten, darunter die klarstellende verfassungsrechtliche Regelung des allgemeinen fachlichen Weisungsrechtes des Bundes, eine Übertragung der Verwaltungskompetenz für die Versicherungsteuer auf den Bund sowie einzelner Bereiche der Steuerverwaltung, z. B. die Groß- und/oder Konzernbetriebsprüfung auf den Bund. Daneben müsse mit einer Priorisierung der Entwicklung von IT-Verfahren, dem Zugriff auf Länderdaten sowie einer effek-



Ein interessiertes Fachpublikum verfolgte aufmerksam die Diskussionen über Ansätze zur Optimierung des Steuervollzuges in der Vertretung des Landes Bremen beim Bund in Berlin.

# dessteuerverwaltung hält an



> Die Referenten des ersten Tages der Fachtagung zur Errichtung einer Bundessteuerverwaltung (v. l.): Klaus Schleicher, Gerhard Stratthaus, Dieter Ondracek und Nicolette Kressl.

tiveren Bestimmung von Vollzugszielen die Auftraggeberrolle des Bundes gestärkt werden.

## Die Gegenposition: Länder gestalten föderalen Steuervollzug moderner und effizienter

Der Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, Gerhard Stratthaus, bewertete die aktuelle Diskussion zu einer Bundessteuerverwaltung aus Sicht der Länder. Stratthaus leitete ein, dass der Staat den verfassungsrechtlichen Anforderungen der Steuergerechtigkeit nicht nur in der Gesetzgebung, sondern auch im Vollzug des Steuerrechtes entsprechen müsse. Bei den tatsächlichen Gegebenheiten einer Massenverwaltung sei dies eine große Herausforderung, der sich die Steuerverwaltungen der Länder schon immer gestellt hätten. Ein kaum steuerbarer Verwaltungsgigant in Form einer Bundessteuerverwaltung wäre in einem höheren Maß büro-

kratischer, jedoch nicht effizienter als das bestehende Modell. Stratthaus argumentierte, dass die Behauptung des Bundes, bei einer zentralisierten Steuerverwaltung werde der Vollzug insgesamt deutlich verbessert, durch nichts belegt sei. Die angeblich durch eine Zentralisierung erreichbaren zusätzlichen Steuereinnahmen beruhten auf unhaltbaren Annahmen. Stratthaus betonte, dass die Länder zu Kostgänger des Bundes ohne eigene Einnahmenerhebung degradiert würden – ihnen würde die Möglichkeit geraubt, konstruktiv an der Steuergesetzgebung mitzuwirken. Stratthaus bezeichnete die jetzigen Vorschläge des Bundes in den wesentlichen Punkten ebenfalls als nicht akzeptabel. Eine vollständige Übertragung der Groß- und Konzernprüfung auf den Bund spalte Zuständigkeiten auf. Der Finanzminister sprach sich insbesondere gegen das vom Bund angestrebte allgemeine fachliche Weisungsrecht des Bundes ohne

Mitwirkung der Länder aus. Ein solches System wäre noch nachteiliger als eine reine Bundessteuerverwaltung. Es sei nicht hinnehmbar, dass die Länder die Kosten der Steuerverwaltung tragen müssten, obwohl über den Steuervollzug der Bund alleine bestimme.

Stratthaus wies auf das föderal abgestimmte Modernisierungskonzept hin, das die Finanzminister der Länder auf der Jahresfinanzministerkonferenz 2007 beschlossen hätten. Ziel sei es, den Steuervollzug zu gestalten. Dabei gehe es vor allem um ein stringentes Risikomanagement, die Optimierung des Projektes ELSTER und um die Einführung eines modernen standardisierten Verwaltungscontrollings. Bei der Umsetzung dieser Kernbereiche kommt den beiden IT-Großprojekten KONSENS und ELSTER eine wesentliche Bedeutung zu. Ein modernes standardisiertes Verwaltungscontrolling ermögliche den länderübergreifenden Vergleich ganzer Arbeitsbereiche und damit eine sinnvolle länderübergreifende Verwaltungssteuerung. Stratthaus zeigte sich überzeugt, dass mit dem beschlossenen föderalen Modernisierungskonzept der Länder der richtige Weg eingeschlagen werde. Für gravierende Einschnitte in die bestehenden föderalen Strukturen gebe es hingegen keinen Raum.

## Widerspruch: Bundesfinanzminister benötigt Weisungsrecht!

Klaus Schleicher, Direktor beim Bundesrechnungshof, erläuterte die Erkenntnisse und Emp-

fehlungen des Bundesrechnungshofes zur aktuellen Debatte über die Einrichtung einer Bundessteuerverwaltung. An Einzelbeispielen zeigte er auf, dass in einzelnen Bereichen das Gleichmaß der Besteuerung nicht immer sichergestellt werde. Beispielsweise habe ein Bundesland einem Unternehmen statt zugesagter Zuschüsse die Umsatz- und Lohnsteuer in Millionenhöhe zu Lasten des Bundeshaushaltes gestundet. Erhebliche Abweichungen ergaben sich in einem anderen Bundesland bei den Steuerrückständen – Einkommensteuerrückstände 57 % des Kassen-Solls, Durchschnitt der Bundesländer 19 %.

Unterschiede ergaben sich bei steuerlichen Billigkeitsmaßnahmen oder im Hinblick auf unterbliebene Vorsteuerberichtigungen bei Änderung der Verhältnisse. Darüber hinaus wies Schleicher beispielhaft auf die unterschiedlichen Mehrergebnisse der Steuerfahndungen in den einzelnen Bundesländern hin.

Daneben lenkte Schleicher den Blick auf die durch die Komplexität des Steuerrechts bedingten unwirtschaftlichen Abstimmungsprozeduren. Im Jahre 2006 waren beispielsweise noch über 4.000 BMF-Schreiben gültig – heute liegt deren Zahl bei 1.130. Im Jahre 2004 gab es über 50 Bund-Länder-Gremien, von dessen Beschlüssen einige Länder jedoch abweichen würden.

Negative Steueranreize ergeben sich u. a. durch die Art des derzeitigen Finanzausgleiches, der sowohl Geber- als auch Nehmerländer veranlasst, die jeweils eigene Steuerkraft zu schonen. Daneben würde das

Bestreben, die landeseigene Wirtschaft mithilfe der Besteuerung zu fördern sowie die Tatsache, dass die Länder den personellen und sachlichen Aufwand der Auftragsverwaltung der Steuern tragen müssten, negativ auf einen gleichmäßigen Steuervollzug wirken.

Der Direktor beim Bundesrechnungshof sprach sich deshalb für die Einrichtung einer Bundessteuerverwaltung aus. Wenn das Projekt politisch nicht umsetzbar sei, müsse auf jeden Fall die Stellung des Bundes – z. B. durch spezielle Zuständigkeiten beim Bund für die Steuerfahndung oder die Großbetriebsprüfung – gestärkt werden. Darüber hinaus müsse der Bundesfinanzminister ein direktes Weisungsrecht erhalten.

Schleicher verlangte, die derzeitigen Debatten in der Föderalismuskommission II müssten dazu genutzt werden, den Steuervollzug spürbar effizienter zu gestalten.

Regierungsdirektor Rainer Himmelhan, BMF, gab einen Überblick über die automationsgestützte Fallauswahl bei der Betriebsprüfung. Ausgangslage im Bereich der Betriebsprüfung sei, dass die Fallzahlen stiegen, der Personalbestand jedoch nicht. Die Turnusvorgaben bestehen weiter fort, werden jedoch oft nicht erreicht. Ziel müsse es deshalb sein, die „knappen Ressourcenprüfer“ in den risikoträchtigen Fällen zum Einsatz kommen zu lassen, ohne die Präventionswirkung zu vernachlässigen.

Himmelhan machte deutlich, dass für die Erstellung eines Konzeptes zur automatisierten Fallauswahl auch konzeptionelle Überlegungen zum Risikomanagement in anderen Bereichen berücksichtigt werden müssen. Ziel müsse es insgesamt sein, einen Steuerfall mit Risikopotenzial nur einmal zu bearbeiten, entweder vom



> Rainer Himmelhan

Innendienst oder von der Betriebsprüfung. Himmelhan sprach sich deshalb dafür aus, dass eine konzeptionelle Umsetzung in KONSENS eingebunden werden müsse.

An einer Podiumsdiskussion über die Zukunft der Steuerverwaltung, die von DSTG-Chef Dieter Ondracek geleitet wurde, nahmen am zweiten Tag der Veranstaltung Volker Kröning, MdB, Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion in der Föderalismuskommission, die Finanzminister Ingolf Deubel (Rheinland-Pfalz) und Rainer Speer (Brandenburg) sowie Ralf Hoffmann, Ministerialrat im BMF, teil.

#### > SPD-Fraktion hält an Bundessteuerverwaltung fest

Volker Kröning (MdB) wies auf die Vielschichtigkeit der Debatte zur Föderalismuskommission II hin und erinnerte, dass im Jahre 2019 der bundesstaatliche Finanzausgleich auslaufe. Darauf müsse die Politik vorbereitet sein. Unabdingbar sei es, gesetzlich eine Schuldenobergrenze einzuziehen. Um einen Kollaps der öffentlichen Finanzen zu verhindern, seien Früherkennungssystematiken notwendig, die einheitliche Datengrundlagen be-

dingen. Kröning hob die schlechte finanzielle Situation der Gebietskörperschaften hervor, deren Überschuldung gemeinsam angegangen werden müsse. Um handlungsfähig zu bleiben, müsse neben einer Lenkung der Finanzströme auch eine Verwaltungsmodernisierung forciert werden. Der erste Schritt sei in der Föderalismuskommission I geschehen. Die Fortsetzung sei dringend nötig. Dazu gehöre vor allem die Auftragsverwaltung und damit auch die Steuerverwaltung, die bis dato nicht im Fokus der politischen Debatte gestanden hätte. Kröning machte deutlich, dass zu einer effizienten Auftragsverwaltung ein Weisungsrecht des Bundes gehöre. Kröning hofft, dass während der weiteren politischen Debatten eine sogenannte Win-Win-Situation für Bund und Länder erreicht werden könne – trotzdem halte die SPD-Fraktion an dem Ansatz einer Bundessteuerverwaltung fest.

#### > Aufgaben effizient auf unterster Ebene erfüllen

Der rheinland-pfälzische Finanzminister Ingolf Deubel

unterstrich, dass auch für die Länder eine Effizienzverbesserung im Vordergrund der Föderalismusdebatte stehe. Er bemerkte, auch im Ausland hätten sich föderale Strukturen bewährt. Insoweit müsse bei jeder staatlichen Aufgabe geprüft werden, welche Argumente gegen eine Erfüllung auf unterer Ebene sprechen. Deubel sprach sich für eine dezentrale Steuerverwaltung, aber für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zu einer gleichmäßigen Besteuerung aus. Eckpunkte dafür seien eine verbesserte Transparenz, ein einheitliches Controlling sowie die Vereinheitlichung der IT-Landschaft, die bereits auf einem guten Weg sei.

#### > Effizienzgewinn durch Zentralisierung

Nicht sinnvoll sei es, einzelne Bereiche wie beispielsweise die Großbetriebsprüfung aus den Ländern herauszunehmen. Deubel zeigte sich zuversichtlich, die bestehenden Differenzen in der Föderalismuskommission II überwinden zu können, um zu konstruktiven Ergebnissen zu kommen.



> Die Vertretung des Landes Bremen beim Bund war am 6. und 7. Mai 2008 ausgezeichnete Tagungsstätte für die Fachtagung zur Optimierung des Steuervollzugs.

Der brandenburgische Finanzminister Rainer Speer plädierte für eine Bundessteuerverwaltung, weil damit Effizienzgewinne verbunden seien. Nach seiner Ansicht müsse derjenige, der die Steuergesetze erlässt, diese auch exekutieren können. Vor allem müsste der Steuervollzug mit besseren Gesetzen optimiert werden. Nach seiner Ansicht ist es den Beschäftigten in den Finanzämtern gleichgültig, wer ihr oberster Dienstherr sei. Mit einer Bundessteuerverwaltung könne vor allem die Rückkopplung an den Gesetzgeber und damit das Gesetzcontrolling verbessert werden.

#### ► Win-Win-Situation erreichen

Ralf Hoffmann, Ministerialrat im BMF, bewertete die finanzpolitischen Neuerungen aus der Föderalismuskommission für eine Effizienzgewinnung als nicht ausreichend. Der Bund sei in die damaligen Debatten auch mit dem Ziel des Aufbaus einer Bundessteuerverwaltung gegangen. Deshalb seien die Ergebnisse der Föderalismuskommission I auch nur als Kompromiss zu werten. Hoffmann wies darauf hin, dass zentral aufgestellte Steuerverwaltungen anderer Länder effizient und wettbewerbsfähig arbeiten würden. Dem Bund sei jedoch klar, dass in den aktuellen Diskussionen Forderungen nicht 1:1 umgesetzt werden könnten. Für den Bund sei jedoch auch wichtig, die Länderstrukturen zu verbessern und somit eine Win-Win-Situation zur Verbesserung der Effizienz insgesamt zu erreichen. Verbesserungspotenzial sieht Hoffmann in der Klarstellung eines Weisungsrechtes des Bundes. Dafür wäre die Definition operati-

ver Vollzugsziele wichtig, die die Länder bisher verweigert hätten.

Hoffmann erwähnte auch den politisch-ökonomischen Druck, unter dem vor allem die Steuerverwaltung in den Ländern stünde. Die Politik könne Personaleinsparungen im Bereich Polizei und Lehrer der Bevölkerung nur schwer verkaufen, leichter sei dies jedoch im Bereich der Steuerverwaltung. Hätte der Bund die Personalhoheit, bestünde diese Problematik nicht.

Im weiteren Diskussionsverlauf machte Volker Kröning deutlich, dass eine Ausklammerung des Verwaltungsvollzuges aus den Debatten der Föderalismuskommission II inakzeptabel sei. Wenn es um Effizienzsteigerung gehe, müsse auch über Personalausstattung diskutiert werden. In diesem Zusammenhang nahm Kröning einen Vorschlag des DSTG-Bundesvorsitzenden Ondracek auf, ein automatisches Prüfungsrecht des Bundes gesetzlich zu verankern, wenn ein Land die bundesweite Personalbedarfsberechnung nicht ausfülle. Finanzminister Deubel und Ministerialrat Hoffmann sprachen sich für eine Steigerung der Transparenz aus, die zu mehr Effizienz führen würde. Einzelne Länder könnten sich dann nicht mehr verstecken. Deubel machte jedoch deutlich, dass eine komplette Herausnahme beispielsweise der Groß-BP zu Schnittstellenproblemen führe, die Effizienzsteigerungen wieder zunichte machten. Aus dem Fachpublikum wurde an die politischen Vertreter herangetragen, bei den anstehenden Reformmaßnahmen die Beschäftigten der Steuerverwaltung nicht aus den Augen zu verlieren. ■

## Beamtendarlehen ab

# 0,99%

## gibts bei uns nicht! Dafür aber die besten Konditionen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst!

Alles spricht für ein Beamtendarlehen über das dbb vorsorgewerk:

- ✓ Freier Verwendungszweck: z. B. für die Umschuldung bisheriger Kredite, Ausgleichen von Rechnungen oder Investitionskredit für größere Anschaffungen
- ✓ Darlehen von EUR 10.000 bis EUR 80.000
- ✓ Flexible Laufzeiten: 12, 15 oder 20 Jahre
- ✓ Festzinsgarantie
- ✓ 100% anonym (keine Datenweitergabe an Unberechtigte)
- ✓ 100% Vertrauensgarantie
- ✓ Garantierte Bestkonditionen\*

\*Erhalten Sie bei einem anderen Anbieter eine nachweislich günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen – bei gleicher Laufzeit – als bei uns, schenken wir Ihnen einen EUR 50 Tankgutschein!

## Jetzt anrufen: 030/ 40 81 64 25 und unverbindliches Angebot abfordern!

dbb vorsorgewerk GmbH  
Friedrichstraße 165  
10117 Berlin

Tel.: 030 / 40 81 64 25  
Fax: 030 / 40 81 64 99



dbb  
vorsorgewerk  
günstig • fair • nah

beamtendarlehen@dbb.de  
www.dbb-vorsorgewerk.de

Ondracek: „Gute Dienstrechtsordnung kann noch besser werden“

## Gespräch mit dem bayerischen Finanzminister und CSU-Vorsitzenden Erwin Huber

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek tauschte sich in einem Gespräch mit dem bayerischen Finanzminister Erwin Huber (CSU) über alle aktuellen Themen aus. Ondracek ging zunächst auf die Personallage an den Finanzämtern in Bayern ein. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass die bayerische Steuerverwaltung personell schwächer aufgestellt ist als im Bundesschnitt. Sowohl im Innendienst aber auch im Außendienst hat Bayern seine Steuerverwaltung dürtiger besetzt als andere Länder. Auszuerkennen ist, dass die Arbeitszahlen über dem Durchschnitt liegen. Dieses Resultat ist aber das Verdienst der Beschäftigten. Gleichwohl kann nicht darüber hinweggesehen werden, dass speziell in der Steuerfahndung sich Arbeitsrückstände aufgestaut haben. Gerade nach der Liechtenstein-Aktion wird offenkundig, dass im Punkt „Steueraufsicht“ und „Bekämpfung der Steuerhinterziehung“ mehr getan werden müsse. Finanzminister Huber sagte, er habe bereits veranlasst, mehr Anwärter einzustellen und dass Bayern auch dabei ist, durch Organisationsmaßnahmen speziell die Betriebsführung im Raum München zu stärken.

Der DSTG-Vorsitzende bezog Stellung in der Diskussion um die Bundessteuerverwaltung. Der Bund habe ein berechtigtes Interesse an einem gleichmäßigen Gesetzesvollzug, weil er grob mit der Hälfte am Ertrag oder auch am Verlust beteiligt ist. Von daher sei nachvollziehbar, wenn er bei Feststellung von Defiziten das Angebot unterbreite, die Steuer-



> Dieter Ondracek im Gespräch mit Erwin Huber.

verwaltung in Bundeskompetenz zu übernehmen.

Die DSTG will eine solche Übernahme nicht, vertritt aber gleichwohl die Position, dass dem Bund, dort wo Versäumnisse in den Ländern feststellbar sind, ein eigenständiges Prüfrecht zuwächst. Darüber hinaus wäre zu überlegen, ob nicht für Steuerfahndungsfälle mit internationalem Bezug und komplexen Steuerfahndungsfällen, die in allen Bundesländern Ermittlungen auslösen, ergänzend eine Bundessteuerfahndung eingesetzt werden sollte. Weiterhin könne sich die DSTG ein bundeseinheitliches Controlling sowie Benchmark und mehr Transparenz hinsichtlich der Arbeitszahlen und Ergebnisse der einzelnen Länder vorstellen. Die in den zuständigen Arbeitskreisen diskutierte Öffnungsklausel, wonach Länder, die ihre Steuerverwaltung auf den Bund übertragen wollen und dies auch können, unterstützt die DSTG hingegen nicht.

Finanzminister Erwin Huber stellte die bayerische Haltung klar, mit Bayern werde es eine Bundessteuerverwaltung nicht geben, gegen Kontrollen, Transparenz und Benchmark habe er nichts, von einer Öffnungsklausel halte er auch nichts. Ein konkretes Weisungsrecht des Bundes lehne er ab.

Zum Thema „Steuerbeamtenausbildung“ stellte Finanzminister Huber dar, er wolle am System der internen Fachhochschulen festhalten. Er sehe auch keine zwingende Notwendigkeit, auf Bachelor- und Master-Systeme umzustellen. Er stimmte mit dem DSTG-Vorsitzenden darin überein, dass der Diplomfinanzwirt einen Wert an sich habe, an dem man festhalten sollte.

Die Eckpunkte zur Dienstrechtsordnung in Bayern wurden ebenfalls diskutiert. Der DSTG-Vorsitzende Ondracek konstatierte, dass Bayern das bisher fortschrittlichste Modell im Bundesgebiet vorgelegt habe. Der Bund, der ursprünglich fe-

derführender Vorreiter sein wollte, habe an dieser Stelle versagt. Bayern gehe entscheidende Schritte voran. Dies begrüße die DSTG.

Hinsichtlich der Aufstiegsverfahren vom gehobenen in den höheren Dienst müsse nachgebessert werden. Der DSTG-Vorsitzende brachte in Erinnerung, dass das dbb Modell eine Einstiegslaufbahn ohne Laufbahnschranken vorsieht und dass in Bayern der Aufstieg vom einfachen in den mittleren und vom mittleren in den gehobenen Dienst in den Eckpunkten verwirklicht ist. Es sei inkonsequent, vom gehobenen in den höheren Dienst Schranken einzuziehen. Entscheidend müsse auch hier die erbrachte Leistung sein. Bei künstlichen Barrieren bleibt das Modell an dieser Stelle bruchstückhaft. Finanzminister Huber räumte diesen Schwachpunkt ein und meinte, dass die politische Diskussion noch nicht am Ende sei. Der Bayerische Beamtenbund und die Bayerische Finanzgewerkschaft sind tätig, um diese Barrieren abzubauen.

Ausführlicher Gesprächspunkt war auch das Steuerprogramm der CSU, das Anfang Mai von Erwin Huber vorgestellt wurde. Die Wiedereinführung der Pendlerpauschale mit 30 Cent ab dem ersten Kilometer begrüßt die DSTG ausdrücklich. Dies war und ist eine Forderung der DSTG, die schon im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens diese Position vertreten hat. Ondracek forderte auch die Anpassung der Kilometersätze für Dienstreisen. Hier schlagen die gestiegenen Kfukosten, vor allen Dingen die hohen Spritpreise erheblich zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen

durch. Die Anhebung des Grundfreibetrages, die Abflachung des linear-progressiven Tarifs und die Absenkung des Eingangssteuersatzes sind richtige Ansätze, das Einkommensteuerrecht wieder stimmiger zu machen. Die DSTG ist auch der Meinung, dass diese Vorhaben auf der Zeitschiene finanzierbar sind, ohne die Haushaltskonsolidierung in Gefahr zu bringen. Ob dafür der im CSU-Programm enthaltene Zeitrahmen ausreicht, mag fraglich sein. Dass eine Partei eine solche Zielmarke fixiert, ist aus Sicht der DSTG nicht zu beanstanden.

Im Zusammenhang mit dem Jahressteuergesetz 2009 erhob der DSTG-Vorsitzende auch die Forderung, berufsbedingte Kinderbetreuungskosten als Werbungskosten voll abziehbar zu gestalten. Die heutigen Abzugsregelungen für Kinderbetreuungskosten an drei Stellen hält die DSTG für reformbedürftig. Ausdrücklich begrüßte der DSTG-Vorsitzende die im Jahressteuergesetz 2009 enthaltene Verlängerung der Strafverfolgungsverjährung für Steuerhinterziehung auf zehn Jahre. Zum Zeitpunkt des Gesprächs hatte Bayern in diesem Punkt noch keine Position bezogen. Der

DSTG-Vorsitzende erläuterte dem bayerischen Finanzminister die Gründe, warum die DSTG diese Forderung erhoben hat. Erwin Huber zeigte für die Begründung Verständnis.

Zum ebenfalls im Jahressteuergesetz 2009 enthaltenen Faktorverfahren, das ergänzend zur Steuerklassenwahl III/V eingeführt werden sollte, stellte Ondracek die DSTG-Position dar. Diese Regelung sei viel zu kompliziert und arbeitsaufwändig für die Steuerverwaltung. Er brachte erneut das schon im Jahressteuergesetz 2008 von der DSTG vorgeschlagene Durchschnittsverfahren in die Diskussion. Erwin Huber stimmte dem DSTG-Vorsitzenden zu, das Faktorverfahren sei zu kompliziert. Er gab zu überlegen, ob man nicht eine Steuerklassenkombination III/V mit einem anteiligen Grundfreibetrag in Steuerklasse V ins Leben rufen könnte, der nicht individuell gestaltet sei, sondern pauschal das Verlangen der Politik abdecke. Der DSTG-Vorsitzende stellte klar, von der Sache her sei eine Änderung nicht notwendig. Andererseits sehe man aber die politischen Zwänge und von daher werde von der DSTG alles begrüßt, was einfach und transpa-

rent vollziehbar sei. Zum vorgelegten Eigenheimrentengesetz macht der DSTG-Vorsitzende klar, dass dies viel zu kompliziert sei, dass es den betroffenen Menschen wenig helfe und Ärger vorprogrammiert sei, wenn Rentner in der Phase geringer Einkommensbezüge dann fiktive Kapitalkontenerträge besteuern müssten. Aus Sicht der DSTG sollte das Eigenheimrentengesetz insgesamt nochmal auf den Prüfstand gestellt werden. Wenn man Eigenheimbildung fördern wolle, wäre die in anderer Form wesentlich praktikabler zu gestalten.

Zu den laufenden politischen Diskussionen über die Erbschaftsteuerreform machte der DSTG-Vorsitzende deutlich, dass in jedem Fall auf die Steuerverwaltung Mehrarbeit zukomme und deshalb mehr Personal brauche. Aus arbeitsökonomischer Sicht sei es nur schwer erträglich, zunächst aufwändig Werte festzustellen und dann anschließend wieder arbeitsintensive Verschonungsregelungen zu gestalten. Hier wäre es allemal besser, ein Erbschaftsteuersystem mit niedrigeren Steuersätzen und ohne Ausnahmen zu schaffen. Auf keinen Fall dürfe es aber passieren, dass die

Politik bis zum Jahresende diskutiere mit der Folge, dass ab 2009 die Erbschaftssteuer überhaupt nicht mehr erhoben werden kann. Dies wäre der Breite der Bevölkerung nicht zu vermit-teln.

Zum Schluss sprach der DSTG-Vorsitzende auch das Thema Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung an. Zur Abwehr müsse mehr Personal eingesetzt werden. Neu diskutierte Dokumentationsvorschriften bringen wenig. Sie belasten die Wirtschaft und erfordern auch Überwachungsmaßnahmen – also mehr Personal in der Steuerverwaltung. Hier wäre es allemal besser, auf der heutigen Basis mit mehr Personal zeitnah zu prüfen und gesetzliche Möglichkeiten zu schaffen, Vorsteuerbeträge nicht auszuzahlen, sondern nur zu verrechnen.

Das Gespräch fand in einer freundlichen Atmosphäre statt. In vielen Punkten konnten Übereinstimmungen festgestellt werden. Der Minister wurde begleitet vom Leiter der Dienstrechtsabteilung, Ministerialdirigent Wilhelm Hüllmantel, von Ministerialrat Volker Freund aus der Steuerabteilung und Inge Waldmann aus der Organisationsabteilung des Hauses. ■

## Landesgewerkschaftstag in Mecklenburg-Vorpommern

# Für Steuerhinterziehung greifen keine Ausreden



➤ Auf dem Podium des Gewerkschaftstages in Mecklenburg-Vorpommern diskutierten v. l.: der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern Michael Roolf, DSTG-Chef Dieter Ondracek, als Moderator der Leiter des ZDF-Landesstudios Brandenburg Peter Kranz und Staatssekretär Dr. Jost Mediger.

Zu ihrem turnusmäßigen DSTG-Landesgewerkschaftstag trafen sich die Delegierten aus dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern in Rostock. Der Landesvorsitzende Frank Höhne wurde ohne Gegenstimme auch für die neue Periode in der Spitzenposition bestätigt. Als seine Stellvertreter wurden Ines Komstke, Frank Naumann, Antje Timm und Margot Witzschel gewählt.

Neben der Begrüßungsrede des Vorsitzenden Frank Höhne war eine Podiumsdiskussion geplant. Als Thema wurde „Ist der Steuerehrliche der Dumme? Konsequenzen nach Liechtenstein“ vorgegeben. Für die ter-

minlich verhinderte Finanzministerin Sigrid Keler nahm Staatssekretär Dr. Jost Mediger an der Podiumsdiskussion teil. Weitere Diskutanten waren der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek, der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Landtag Mecklenburg Vorpommern, Michael Roolf, sowie der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag in Schwerin, Prof. Wolfgang Methling. Auf dem Podium diskutierte auch der Vorsteher des Finanzamtes Neubrandenburg, Ronald Dehne, in dessen Bereich eine Steuerfahndungsstelle angesiedelt ist. Als Moderator fungierte Peter Kranz, Leiter des ZDF-Landesstudios



## Wechsel an Spitze der DSTG Sachsen

Auf Beschluss des DSTG-Landesvorstandes Sachsen hat der bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Reinhold Mähne seit Mitte Mai 2008 bis zur Neuwahl am 21. November dieses Jahres die Aufgaben des Landesvorsitzenden des sächsischen Landesverbandes übernommen. Der bisherige Landesvorsitzende

Günter Steinbrecht wurde Anfang April dieses Jahres zum neuen Vorsitzenden des Sächsischen Beamtenbundes (SBB) gewählt. Aufgrund der Bestimmungen der SBB-Satzung erklärte Günter Steinbrecht in Abstimmung mit dem Landesvorstand der DSTG Sachsen seinen Rücktritt als Landeschef der DSTG Sachsen.



Der bisherige Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen Günter Steinbrecht (li.) und sein designierter Nachfolger Reinhold Mähne, der den Landesverband zunächst bis zur Neuwahl im November d. J. führt.

> Die Delegierten des 5. Gewerkschaftstages des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern am 22. Mai 2008 in Rostock.

Brandenburg. Im Rahmen dieser Diskussion konnte der DSTG-Bundesvorsitzende Ondracek Schwachpunkte darlegen, die zu Steuerhinterziehung führen. Er widersprach der These des FDP-Vertreter, das komplizierte Steuerrecht werde bei einigen Steuerpflichtigen als Rechtfertigung vorgeschoben. Ondracek stellte dar, das Steuerrecht an sich sei nicht kompliziert. Nur wenn ausschließlich nach Ausnahmen suche und solche nutzen möchte, werde die Sache kompliziert und

schwierig. Akzeptiert man jedoch, dass der Fiskus einen bestimmten Prozentsatz des Einkommens erhält, stelle sich die Situation entspannter dar. In jedem Fall müsste das Entdeckungsrisiko erhöht werden, weil viele Steuerpflichtige überhaupt nicht mehr in die Versuchung kämen, Steuern zu hinterziehen. Aus dem Kreise der Delegierten wurden die hohe Arbeitsbelastung und die schlechte Beförderungssituation in der Diskussionsrunde thematisiert.

## Sammeln Sie Briefmarken – oder wollen Sie welche verkaufen???



1975 gegründet – sind wir eines der erfolgreichsten Briefmarken-Auktionshäuser mit einem Jahresumsatz von etwa 10 Mio €.

Die Kundschaft für unsere großen, Internationalen Versteigerungen findet sich in Asien, Süd- und Nordamerika genauso wie in Südafrika oder Australien. Selbstverständlich auch in ganz Europa und Deutschland. Spezialisiert sind wir auf die Verwertung ganzer Erbnachlässe.

Wenn Sie Interesse an unseren Auktionen haben, fordern Sie bitte unseren reich bebilderten Versteigerungs-Katalog an. Geben Sie bitte Ihre Sammelgebiete an!



Die Auktionen sind öffentlich, aber die meisten Sammler lassen uns Ihre Gebote per Post oder Mail zukommen.

Sollten Sie Briefmarken verkaufen wollen nehmen wir diese gerne in unsere nächste Auktion auf. Wir kaufen aber auch gegen sofortige Bezahlung. Nehmen Sie Kontakt mit uns auf. Setzen Sie sich bitte mit Jürgen – oder Olaf Götz direkt in Verbindung.



**Jürgen Götz e. K.**  
Internationales Auktionshaus

Steinhof 12

D-77704 Oberkirch

Telefon: 0 78 02 / 9 34 40

Telefax: 0 78 02 / 59 03

[www.goetz-auktion.de](http://www.goetz-auktion.de)

[info@goetzauktion.de](mailto:info@goetzauktion.de)



## Landesgewerkschaftstag in Schleswig-Holstein

## An Beförderungen darf nicht länger gespart werden

„Umsteuern ... jetzt!!!“ Unter diesem Motto stand der Landesgewerkschaftstag der DSTG Schleswig-Holstein, der am 20. Mai 2008 in Elmshorn durchgeführt wurde. Der bisherige Landesvorsitzende Karl-Sönke Jessen und seine Stellvertreter stellten sich mit Ausnahme des Schatzmeisters Hans-Jürgen Hartmann nicht mehr zur Wiederwahl, so dass eine fast neue Führungsmannschaft gebildet werden musste. Die Wahlen zur neuen Landesleitung in Schleswig-Holstein konnten für sich entscheiden: Heidi Naber als Vorsitzende, Andre Söhnel als Stellvertreter, Hans-Jürgen Hartmann als Schatzmeister, Andreas Weiss als Beisitzer für Tarifangelegenheiten sowie als Beisitzer die Kolleginnen und Kollegen Uschi Carls, Carola Schülke, Nils Jessen und Harm Thiessen.

In der Arbeitstagung hatten die stimmberechtigten Delegierten über 16 Satzungsänderungsanträge sowie 78 Sachanträge zu beraten und zu beschließen.

Zur öffentlichen Veranstaltung konnte die neugewählte Vorsitzende Heidi Naber die Bürgermeisterin der Stadt Elmshorn, Dr. Brigitte Fronzek, den Landtagsabgeordneten Günter Neugebauer, SPD (Vorsitzender des Finanzausschusses) und den Fraktionsvorsitzenden der FDP, Wolfgang Kubicki, begrüßen. Auch der Finanzminister des Landes Rainer Wiegard folgte der Einladung und beschrieb in seiner Rede die Situation der Steuerverwaltung des Landes Schleswig-Holstein. Heidi Naber kritisierte in ihrer Rede die hohe Arbeitsbelastung der Steuerverwaltung des Landes

Schleswig-Holstein, monierte die zum Teil sehr langen Beförderungswartezeiten und beklagte die Zusatzbelastung, die durch die Einführung von EOSS entstanden ist. Finanzminister Wiegard verteidigte seine Position und machte deutlich, das Land habe über viele Jahre über seine Verhältnisse gelebt. Er sei gezwungen gewesen, durch große Sparmaßnahmen die jährlich hohe Neuverschuldung zu stoppen und zurückzuführen. In diesem Bereich sei eini-

seiner Rede, dass im Bundesvergleich Schleswig-Holstein mit seiner Steuerverwaltung äußerst kärglich umgehe. Die Steuerverwaltung des Landes Schleswig-Holstein sei mit einem über Bundesschnitt liegenden Anteil von Arbeitskräften des mittleren Dienstes ausgestattet, was bedeutet, dass viele Kolleginnen und Kollegen höherwertige Aufgaben verrichten, ohne adäquat bezahlt zu werden. Die Personalausstattung – umgerechnet auf die



Die neugewählte Vorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein, Heidi Naber, mit (v. l.) Dieter Ondracek, Finanzminister Rainer Wiegard (CDU), Günter Neugebauer (SPD) und Wolfgang Kubicki (FDP).

ges gelungen, aber trotz der über Plan liegenden Steuereinnahmen habe er im laufenden Haushalt immer noch 100 Millionen Euro Neuverschuldung zu beklagen. Spielräume für neue Ausgabenverpflichtungen habe er nicht. Er räume ein, dass seine Steuerverwaltung sparsam aufgestellt sei und dankte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den großen Einsatz und die außergewöhnliche Arbeitsleistung.

Der DSTG-Bundesvorsitzende Dieter Ondracek erläuterte in

Bevölkerungszahl – liege unter dem Bundesschnitt. Bei allem Verständnis für die Haushaltslage in Schleswig-Holstein müsse den verantwortlichen Politikern in Schleswig-Holstein klargemacht werden, dass nur eine leistungsstarke Steuerverwaltung solche Einnahmen sichern kann, die für einen ausgeglichenen Haushalt notwendig sind.

Auch die Kabinettskollegen in Kiel müssten einsehen sagte Ondracek, dass ein Plus an Lehrstellen und ein Plus bei der Polizei nur dann geschaffen

werden kann, wenn es zuvor ein Plus für die Steuerbeamten gibt, die in der Lage sind, diesen Zusatz auch für die anderen Gruppen zu erwirtschaften. An einigen Beispielen aus der Steuerpolitik machte Ondracek deutlich, dass mit spürbaren Arbeitserleichterungen oder Steuervereinfachungen nicht zu rechnen ist. Alles was derzeit in Berlin politisch diskutiert werde, bedeute am Ende nicht weniger sondern mehr Arbeit für die Finanzämter. Der breiten Öffentlichkeit ist im Zusammenhang mit der Liechtenstein-Affäre vor Augen geführt worden, dass die Steuerverwaltung derzeit nicht in der Lage ist, den Steuerhinterziehern in ausreichendem Maße das Handwerk zu legen. Die Forderung nach mehr Finanzbeamten findet deswegen bei der Bevölkerung durchaus Verständnis, was die Finanzminister der Länder nutzen sollten. Die auf Bundesebene geführte Diskussion über eine Bundessteuerverwaltung löse kein Problem. Es lenke derzeit vielmehr ab. Die Länder seien bei diesem Thema gespalten und es gelte auch für Schleswig-Holstein, der Steuerverwaltung mehr Personal zuzubilligen, sodass die Steueraufsicht verstärkt werden könne und Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen ist.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses im Landtag Günter Neugebauer von der SPD zeigte Verständnis für die Forderungen von Heidi Naber und Dieter Ondracek und sicherte die Unterstützung seiner Fraktion zu. Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Wolfgang Kubicki, stellte klar, dass auch die FDP für eine verstärkte Bekämpfung der Steuerhinterziehung eintrete. Auch die FDP-Fraktion im Landtag sehe ein, dass den Finanzämtern mehr Personal zur Verfügung gestellt werden müsse.

## dbb tarifunion weist Berliner Senatsangebot zurück

# Einkommensrückstand von 25 Prozent nicht hinnehmbar

Bei den Tarifgesprächen am 16. Mai 2008 in Berlin zwischen der Landesregierung und der dbb tarifunion hat der Berliner Innensenator Ehrhart Körting für die Jahre 2008 und 2009 wiederum lediglich Einmalzahlungen in Höhe von je 225 Euro für die Beschäftigten in Aussicht gestellt. Die Vertreter der dbb tarifunion haben dieses „Angebot“ umgehend als völlig unzureichend zurückgewiesen.

Der dbb Verhandlungsführer Helmut Overbeck, der auch Vorsitzender der DSTG-Tarifkommission und stellv. Bundesvorsitzender ist, bewertet diese Offerte: „Da scheint die zweite Seite des Angebots zu fehlen. Einmalzahlungen sind in der jetzigen Situation eindeutig zu wenig. Wir brauchen dringend auch Bewegung in der Frage einer linearen Anpassung.“ Auf das unzureichende Volumen des Senatsangebots wies auch der Berliner dbb Landesvorsitzende Jo-

achim Jetschmann hin: „Im Vergleich zu anderen Bundesländern haben die Berliner Kolleginnen und Kollegen inzwischen einen Einkommensrückstand von bis zu 25 Prozent. Das ist nicht hinnehmbar. Wir brauchen mehr Geld im Portemonnaie. Und zwar jetzt!“

Die dbb tarifunion fordert für die Beschäftigten des Landes Berlin die Übertragung der linearen Gehaltssteigerungen aus den Tarifiergebnissen von TV-L und TVöD sowie drei Einmalzahlungen à 300 Euro. Die Verhandlungskommission der dbb tarifunion wird über das weitere Vorgehen entscheiden.

### ➤ Streik im Finanzamt Charlottenburg

Nach der Weigerung des Berliner Senats, endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen, beschlossen die Mitgliedsgewerkschaften der dbb tarifunion, in den Arbeitskampf zu treten.



➤ Vor dem Finanzamt Charlottenburg organisierte die DSTG einen Warnstreik, an dem nahezu sämtliche in der DSTG organisierten Angestellten des Finanzamtes sowie auch andere Gewerkschaftsmitglieder teilnahmen, um gegen das völlig unzureichende Angebot des Berliner Senats zu demonstrieren.

Auslöser sind die seit fünf Jahren unveränderten Vergütungs- und Lohn Tabellen des in Berlin fortgeltenden „alten“ Tarifrechts von BAT, BAT-O, BMTG, und BMTG-O. Der im Jahr 2003 geschlossene Anwendungstarifvertrag senkt diese Tabellen um acht bis zwölf Prozent ab. Nach der Entgeltanhebung im TVöD- und TV-L - Bereich forderten die Berliner Angestellten und Arbeiter nach langer Durststrecke auch für sich und ihre unverändert hochqualifizierte Arbeit eine, wenn auch abgesenkte, Erhöhung der Bezüge.

Die sture Haltung des Berliner Senats veranlasste die dbb tarifunion, nach dessen Weigerung alle tariflich Beschäftigten zu einer Urabstimmung aufzurufen, die in den Finanzämtern zu einer Streikzustimmung von weit über 90 Prozent führte. Im gesamten Land Berlin sprachen sich 90,53 Prozent der Mitglieder für Arbeitskampfmaßnahmen aus.

Die DSTG-Berlin beschloss daraufhin, in der zentralen Zahlstelle für die Berliner Finanzämter die Kolleginnen und Kollegen zum Streik aufzurufen und die Verbuchung der Einnahmen für Tage zu verzögern. Die in das Finanzamt Charlottenburg integrierte Zahlstelle wurde zusammen mit dem übrigen Bereich des Finanzamtes wirkungsvoll bestreikt. Fast alle Angestellten haben sich an dieser Aktion beteiligt. ■

## DSTG behauptet Spitzenstellung in hessischen Stufenvertretungen

Am 14./15. Mai 2008 fanden in Hessen Wahlen zu den Personalvertretungen statt. Die DSTG konnte hierbei wieder ein hervorragendes Ergebnis erzielen. So stellt die DSTG-Hessen in den nächsten vier Jahren wieder 10 von 17 Vertreterinnen und Vertreter im HPR sowie 12 von 17 Vertreterinnen und Vertreter im BPR. Damit behauptet die DSTG in beiden Gremien ihre absolute

Mehrheit. Von 6.377 gültigen Stimmen zur Wahl zum Hauptpersonalrat im Beamtenbereich entfielen 4.614 auf die DSTG, 1.194 auf die Freie Liste und 569 auf ver.di. Bei den Tarifbeschäftigten erhielt die DSTG von 3.382 gültigen Stimmen 1.375, was zu einer Sitzverteilung im HPR für die DSTG von acht Sitzen im Beamten- und zwei im Angestelltenbereich führt. Die Freie Liste er-

hält zwei Sitze im Beamtenbereich, ver.di einen Sitz im Beamten- sowie vier Sitze im Angestelltenbereich. Bei den Wahlen zum Bezirkspersonalrat erhielt die DSTG von 5.873 gültigen Stimmen 4.290 im Beamten- und 828 im Tarifbereich. Die Freie Liste erhielt im Beamtenbereich 1.096, ver.di im Beamtenbereich 487, von Tarifbeschäftigten 768 Stimmen. Dies führt

zu einer Sitzverteilung von zehn Sitzen im Beamten- und zwei im Angestelltenbereich für die DSTG. Die Freie Liste erhält zwei Sitze im Beamtenbereich, ver.di einen Sitz im Beamten- und zwei Sitze im Angestelltenbereich. Die DSTG-Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Anne Schauer dankte den Kolleginnen und Kollegen, die durch ihren Einsatz und ihr Engagement den Grundstock für dieses hervorragende Wahlergebnis gelegt haben. ■

> TAUSCHHECKE

- StHS'in (A 8) sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner aus Berlin bzw. Brandenburg nach Baden-Württemberg oder optional nach Hessen (Ringtausch). Versetzungsanträge wurden bereits gestellt. Bitte melden unter privat (0 61 75) 79 71 29 oder (01 70) 1 98 74 57.
- Steuerobersekretärin (A 7) aus Schleswig-Holstein sucht aus familiären Gründen dringend einen Tauschpartner/in aus NRW (OFD Münster). Ringtausch wäre möglich. Der Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte meldet euch bei mir unter (01 63) 1 53 36 90 oder per E-Mail an fxstratmann@aol.com
- Steuersekretär (A 6) aus dem Saarland sucht dringend Tauschpartner/in aus Rheinland-Pfalz, OFD Koblenz, FA Kaiserslautern. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet Euch unter (01 79) 6 62 60 82.
- Steuersekretärin (A 6) aus dem Saarland sucht dringend Tauschpartner/in aus Rheinland-Pfalz, OFD Koblenz, FA Kaiserslautern. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte melden unter (01 76) 65 91 15 53.
- StI'in (A 9) aus dem Bundesland Brandenburg sucht dringend eine/n Tauschpartner/in aus Sachsen-Anhalt, ggf. auch im Wege des Ringtausches. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Da eine Versetzung nahe an Berlin (FA Potsdam) ggf. möglich wäre, wäre das vielleicht auch eine Alternative für jemanden, der eigentlich nach Berlin möchte. Interessenten bitte melden unter (01 77) 7 67 43 19 oder h\_friedrich80@yahoo.de
- Steuersekretärin (A 6) aus Hessen sucht aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus Schleswig-Holstein. Auch Ringtausch möglich. Versetzungsantrag wurde gestellt. Bitte meldet euch unter (01 52) 02 07 74 33.
- Steuersekretärin (A 6) aus dem Saarland sucht gleichwertige Tauschpartner/in. Bevorzugt aus Baden-Württemberg (FÄ Pforzheim, Calw, Karlsruhe, Böblingen, Stuttgart, Ludwigsburg) Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Ringtausch Raum Freiburg ist möglich. Bitte meldet Euch unter (01 71) 1 23 43 71 oder Tauschgesuch@gmx.de
- Steuerinspektorin z. A. (A 9) aus NRW, OFD Münster, sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner/in aus Schleswig-Holstein. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte melden unter (01 62) 9 41 25 50.
- StHS'in (A 8) aus Schleswig-Holstein möchte in Baden-Württemberg z. B. FA Ulm arbeiten. Wer möchte auch den AP tauschen? Versetzungsantrag ist gestellt. FN-Nr. (04 31) 69 02 27 62, Mobil (01 51) 12 74 36 97.
- Amtsrat (A 12) aus Hessen sucht aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus Nordrhein-Westfalen. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte melden unter (01 70) 5 25 89 17 oder versetzung\_he\_nrw@onlinehome.de
- StAF (A 11) aus Baden-Württemberg sucht dringend aus familiären Gründen einen Tauschpartner aus dem Bereich NRW (OFD Münster). Ringtausch sicher auch möglich. Versetzungsantrag ist gestellt. Bitte melden unter (01 71) 7 05 36 34 oder mousespam@gmx.net

**Debeka**

Krankenversicherungsverein a. G.



**Die Debeka hat die  
zufriedensten Kunden.**

**Wir machen weiter so!**

erfahren. sicher. günstig.



**Debeka-Hauptverwaltung**  
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18  
56058 Koblenz  
Telefon (02 61) 4 98-0  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

**Debeka**

## Im Kampf gegen Umsatzsteuerbetrug alle Reserven ausschöpfen

Nach dem Scheitern der deutsch-österreichischen Pläne zur Reform der Mehrwertsteuer auf EU-Ebene plant das Bundesministerium der Finanzen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs die Informationspflichten der Unternehmen in Deutschland zu verstärken.

Neue Vorschläge der Bundesregierung sind notwendig, weil das von Deutschland ursprünglich favorisierte Reverse-Charge-Modell keine Unterstützung auf europäischer Ebene fand. Selbst für einen Pilotversuch des Modells in Österreich konnte im Rat der EU-Finanzminister die nötige Einstimmigkeit nicht erreicht werden. Außerdem hat die EU-Kommission die Anforderungen für einen Pilotversuch in Österreich so hoch angesetzt, dass die österreichische Regierung ihr Interesse an dem Vorhaben verloren hat. Deutschland als einziger weiterer Befürworter des Reverse-Charge-Modells auf EU-Ebene hatte seine Pläne zu dessen Einführung bereits Anfang dieses Jahres aufgegeben.

In dem Vorstoß des Bundesfinanzministeriums wird jetzt von den Unternehmern verlangt, umfangreiche Dokumentationen über ihre Kunden beizubringen, bevor sie

die Vorsteuer anmelden. Daneben soll die Haftung dann nicht mehr greifen, wenn der Unternehmer wusste, dass er an einen Betrüger liefert. Eine Unternehmerhaftung wäre demnach möglich, wenn er nicht alles veranlasst, um auszuschließen, dass sein Gegenüber ein Umsatzsteuerbetrüger ist.

Die DSTG hatte sich Anfang Februar 2006 in einer Anhörung im Bundesministerium der Finanzen neben weiteren an der Steuerrechtspflege beteiligten Verbänden und Organisationen gegen die Einführung eines Systemwechsels hin zum Reverse-Charge-Modell ausgesprochen.

Nach Ansicht der DSTG sind die Möglichkeiten, das derzeitige Umsatzsteuersystem trotz seiner Mängel deutlich betrugssicherer zu gestalten, bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Daneben sprechen sich Deutsche Steuer-Gewerkschaft und Wirtschaftsverbände zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für einen effektiven Kampf gegen Umsatzsteuerbetrug und -kriminalität dafür aus, das Personal der Steuerverwaltung in diesem Bereich deutlich aufzustoßen. ■

### Hinweis der Redaktion

Wegen aktueller Berichterstattung kann leider der in der Maiausgabe des DSTG magazins angekündigte zweite Teil unserer Fortsetzungsreihe „Blick in die DSTG-Geschichte“ in dieser Ausgabe nicht veröffentlicht werden. Er ist nunmehr für die Juli-/Augustausgabe, die Anfang August 2008 erscheint, vorgesehen.

Wir bitten unsere Leserinnen und Leser um Verständnis.

## Seminar über neues Tarifrecht



> Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Tarifseminars Mitte Mai d. J. in Berlin.

Das neue Tarifrecht nach Inkrafttreten des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) ist und bleibt ein Dauerbrenner im Seminarprogramm der DSTG. Kolleginnen und Kollegen aus fast allen Bundesländern nahmen vom 15. bis 17. Mai 2008 in Berlin die Gelegenheit wahr, sich ausführlich von erfahrenen Referenten informieren zu lassen. Das Seminar wurde von dem Vorsitzenden der Tarifkommission Helmut Overbeck geleitet.

Wertvolle Erfahrungen aus der Anwenderpraxis mit dem TV-L vermittelte Karl-Heinz Leverkus (BV Düsseldorf). Über die Grundlagen und tariflichen Aspekte einer leistungsorientierten Bezahlung nach § 18 TV-L sowie den Stand der Tarifverhandlungen mit den Ländern sprach Tarifreferent Martin Boegl (dbb tarifunion). Overbeck informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die aktuelle Gewerkschaftsarbeit auf Bundesebene und gab außerdem einen Überblick über die Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Besuche des Plenarsaales des Deutschen Bundestages im Reichstag und der DSTG-Bundesgeschäftsstelle rundeten das Seminarprogramm ab. ■

#### Wir sind

ein renommierter expandierender Lohnsteuerhilfeverein mit über 35jähriger Beratungserfahrung und suchen zur Erweiterung unseres Beratungsstellennetzes

- Steuerfachgehilfen/innen
- Bilanzbuchhalter/innen
- ehemalige Finanzbeamte/innen

als neben- oder hauptberufliche  
**Beratungsstellenleiter/innen**

**Wir erwarten:** Engagement, Verantwortungsbewußtsein u. Interesse an selbständiger Arbeit

**Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung:**



**Lohnsteuer-Beratungs-Verein e.V.**  
Lohnsteuerhilfeverein • Bundesgeschäftsstelle  
Bahnhofstr. 16 a • 59065 Hamm  
Tel.: 02381/92427-0 • Fax: 02381/92427-27  
Internet: <http://www.lbv-hamm.de>  
E-Mail: [info@lbv-hamm.de](mailto:info@lbv-hamm.de)